

Nuklearmacht Pakistan im Dilemma

von Jorge Scholz

Mit den Atomtests vom 28. und 30. Mai hat sich nach Indien auch Pakistan in den bislang nur aus den fünf Ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates bestehenden exklusiven Club der Nuklearwaffenmächte katapultiert. Sicherheitsexperten rund um den Globus sind sich in der Einschätzung einig: mit weitreichenden Folgen nicht nur für die Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft um die Durchsetzung eines weltweit gültigen Nichtweiterverbreitungsregimes in Sachen Atomwaffen, sondern vor allem auch für die Brisanz des indisch-pakistanischen Dauerkonflikts. Denn das jetzt eröffnete nukleare Wettrüsten in Südasiens setzt die bevölkerungsreichste Region der Erde ab sofort der realen Gefahr eines möglichen Atomkriegs aus. Aber selbst wenn den Menschen dort ein Schlagabtausch mit Massenvernichtungswaffen erspart bleibt: Die enormen Kosten für den Aufbau eines Atomwaffenarsenals mit glaubwürdigem Abschreckungspotential dürften zumindest im Falle Pakistans die Wirtschaft des Landes und den Haushalt der Regierung in Islamabad mit den entsprechenden innenpolitischen und sozialen Konsequenzen über kurz oder lang in den Ruin treiben. Schon jetzt vermitteln die Auswirkungen der von den wichtigen Geberländern verhängten Sanktionen und der von der Regierung ergriffenen Gegenmaßnahmen einen Vorgeschmack auf die Härten und Einschränkungen, die einem Großteil der Bevölkerung Pakistans drohen.

Als Premierminister Nawaz Sharif in den Abendstunden des 28. Mai im Rahmen einer weltweit übertragenen Fernsehansprache an die Nation die erfolgreiche Detonation von fünf nuklearen Sprengsätzen im Testgebiet der Chagai-Hügel in der dünnbesiedelten Südwest-

provinz Baluchistan im Grenzgebiet zu Afghanistan offiziell bestätigte, löste die Nachricht über alle politischen Gräben hinweg einen beispiellosen Taumel nationaler Begeisterung aus: Die Bevölkerung feierte auf den Straßen mit Masenumzügen, Freudentänzen, Feuerwerk

und Gewehrsalven das mit dem vermeintlichen Machtgewinn verbundene Gleichziehen Pakistans mit der "entwickelten Welt" und vor allem mit dem Erzfeind Indien. Mit einem Schlag entlud sich die lähmende Anspannung, Ungewissheit und Kriegsangst, die das



Pro-Atomtest Demonstration in Pakistan (Foto: 'Outlook')



Anti-pakistanische Protestaktion gegen die Atomversuche von Greenpeace-Aktivisten vor der pakistanischen Botschaft in Athen (Foto: 'Frontline')

Land nach dem ersten indischen Atomtest am 11. Mai erfaßt hatte. Selbst die gleichzeitig bekanntgegebene Verhängung des Ausnahmezustands für zunächst vier Monate in vorauseilender Erwartung harter internationaler Sanktionen, das Sperren von Devisenkonten auf unbestimmte Zeit, das Absacken der Aktienkurse an der Börse von Karachi in historische Tiefen, ein dramatischer Schwächeanfall der Rupie gegenüber dem Dollar sowie die vorübergehende Schließung der Banken vermochte die überschäumende Begeisterungswelle erst mit mehrtägiger Zeitverzögerung zu dämpfen. Mahnende Stimmen wie der prominente Intellektuelle Eqbal Ahmed, der sich frühzeitig mit dem Hinweis auf das sowohl Pakistan als auch Indien betreffende völlige Fehlen einer spezifischen Nukleardoktrin sowie eines Kommando- und Kontrollsystems für das Atomwaffenarsenal als wichtigsten Voraussetzungen zur Verhinderung eines Atomkriegs "aus Versehen" zu Wort meldete, gingen zunächst fast unbeachtet unter. Doch allmählich verstärkt sich zumindest in der englischsprachigen Presse Pakistans der Chor kritischer Beobachter, die vor dem Hintergrund von drei indisch-pakistanischen Kriegen in den letzten 50 Jahren und dem weiterhin ungelösten Territorialkonflikt um Kaschmir anstatt einer Stabilisierung

eher eine weitere Eskalation der Spannungen in der Region befürchten, wenn beide Seiten die getesteten Atomwaffen auch stationieren. Anderen Kommentatoren bereitet vor allem der Blick auf die innenpolitischen Turbulenzen Indiens und Pakistans in den letzten Jahren mit zahlreichen Machtwechseln wenig verantwortungsbewußt agierender Regierungen Sorge: "Wer garantiert", fragte beispielsweise Zaffar Abbas vom Monatsmagazin 'Herald', "daß nicht ein seinen Gefühlen ausgelieferter Regierungschef oder eine in einem konventionellen Krieg vor einer Niederlage stehende Armee zum Nuklearschlag ausholt?"

Pro und Contra

Doch solche Gedanken um die zukünftigen Implikationen, die sich aus der Existenz von Nuklearwaffen in Südasiens ergeben, scheinen zumindest bei der Entscheidungsfindung der pakistanischen Regierung nur eine untergeordnete Rolle gespielt zu haben. Zu sehr stand Islamabad im Bann der indischen Testserie, die nicht nur in Militär- und Regierungskreisen einen Schock auslöste. Vor allem die Kriegsdrohungen der kurz zuvor gewählten hindu-nationalistischen BJP-Regierung in Richtung Pakistan, mit der Delhi im emotionalen Überschwang des

Triumphes die patriotische Begeisterung der eigenen Bevölkerung noch weiter anheizte, weckten im Nachbarland Befürchtungen, daß ein indischer Militärschlag gegen die pakistanischen Nuklearanlagen unmittelbar bevorstehen könnte. Prompt kam es entlang der Waffenstillstandslinie in Kaschmir zu ersten Scharmützeln zwischen den dort stationierten indischen und pakistanischen Armeeeinheiten. In vielen pakistanischen Städten kam es zu einer Welle wütender Protestkundgebungen, die ein entschlossenes Vorgehen der Regierung gegenüber Indien und eigene Nukleartests forderten. Oppositionspolitiker jeglicher Couleur - von Ex-Premierministern Benazir Bhutto bis hin zum Islamistenführer Qazi Hussai Ahmed - drängten die Sharif-Regierung ebenfalls mit Nachdruck zum Schritt ins atomare Abenteuer. Massive Argumentationshilfe leisteten die Tageszeitungen, die in kurzer Zeit zum Thema über hundert Artikel publizierten. Sicherheitsexperten, Militärs, Wissenschaftler, Politiker und Journalisten outeten sich in den Gazetten gleich scharenweise als stramme Falken. Nur wenige Meinungsmacher wagten mit dem Hinweis auf die eindeutigen Vorteile eines Testverzichts unpopulären Widerspruch. Von der "kostenlosen Gelegenheit" war da beispielsweise die Rede, "sich nun endlich in den Augen

der USA und anderer westlicher Länder als verantwortungsbewußter Ordnungsfaktor und favorisierter Partner in Südasiens etablieren zu können" - zum Nachteil Indiens, durch Strafsanktionen international isoliert. Doch die in dieser Phase durchaus realistisch erscheinenden Aussichten auf eine großzügige Finanzspritze der westlichen Geberländer, einen Schuldenerlaß und konventioneller Waffenlieferungen einschließlich der Freigabe eines bereits bezahlten, von den USA seit Jahren zurückgehaltenen Kontingents von F-16-Kampfflugzeugen konnten sich als Argument für eine selbstauferlegte Zurückhaltung nicht durchsetzen. Wesentlich größer war offensichtlich die Angst der Regierung vor den innenpolitischen Konsequenzen eines konzilianten Kurses, der angesichts der gegenwärtigen Gemengelage im Land die baldige Ablösung Sharifs zu einer bloßen Zeitfrage gemacht hätte. Daran konnte der massive Druck, den vor allem die USA und die Europäische Union in Person ihres derzeitigen Ratspräsidenten, des britischen Premiers Blair, auf Islamabad ausübten, nichts ändern.

Wie man inzwischen weiß, hatten Abdul Qadeer Khan, der Leiter der geheimnisumwitterten 'Khan Research Laboratories' in Kahuta bei Islamabad und Samar Mubarak Mand, der Leiter der 'Pakistan Atomic Energy Commission', bereits am 11. Mai von der Regierung den Auftrag erhalten, in Chagai eine eigene pakistanische Testserie vorzubereiten. Die ab diesem Zeitpunkt unter Hochdruck laufenden Vorarbeiten wurden bis zur Realisierung nicht mehr unterbrochen.

Die Kapazität des pakistanischen Nuklearwaffenprogramms

Bei den auf zwei Tage verteilten Testexplosionen Ende Mai im Versuchsgelände von Chagai handelte es sich nach eigenen Angaben der Regierung um insgesamt sechs atomare Sprengköpfe. Beim ersten Versuch soll es sich demnach um fünf Explosionen mit einer Sprengwirkung von einmal 40 Kilotonnen und viermal unter jeweils einer Kilotonne gehandelt haben. Beim zweiten Versuch wurde eine Explosion mit einer Sprengkraft zwischen 15 und 18 Kilotonnen angegeben. Ausländische Experten äußerten jedoch ernsthafte Zweifel an der Richtigkeit dieser Angaben. Einmal konnten sie dabei auf eklatante Unterschiede in den Angaben von Premierminister, Außenminister und den beiden wissenschaftlichen Leitern des pakistanischen Atomwaffenprogramms über Anzahl und Stärke der nuklearen Detonationen verweisen. Andererseits hat die Auswertung seismographischer

Messungen ergeben, daß die im Testgebiet registrierten Erdstöße eher für eine kleinere Zahl von Explosionen mit zudem deutlich geringerer Sprengkraft sprechen. Trotz geäußelter Spekulationen darüber, daß eventuell nicht alle der vorbereiteten Sprengsätze auch wirklich detonierten, bleibt kein Zweifel daran, daß Pakistan nun im Besitz von Nuklearwaffen ist. Bereits vor rund zehn Jahren erstmals gehegte Vermutungen in diese Richtungen wurden zugleich bestätigt. Denn der auch als "Vater der pakistanischen Atombombe" bezeichnete Abdul Qadeer Khan gab dieser Tage in einem Zeitungsinterview an, daß Pakistan schon 1985 über eine testfähige Atombombe verfügt habe. Die Anfänge des geheimen Atomwaffenprogramms reichen sogar bis ins Jahr 1972 zurück. Damals zog Premierminister Zulfikar Ali Bhutto aus der vernichtenden militärischen Niederlage gegen Indien im Krieg um die abtrünnige pakistanische Ostprovinz Bengalen den Schluß, daß man der deutlichen militärischen Überlegenheit Indiens in allen konventionellen Waffenkategorien in Verbindung mit einem zu diesem Zeitpunkt sich schon abzeichnenden, aber erst 1974 offengelegten nuklearen Kapazität nur mit eigenen Nuklearwaffen ausbalancieren könne.

Mit Blick auf das aktuelle Arsenal geht das Forschungsinstitut 'SIPRI' von etwa 15 bis 20 Sprengköpfen aus. In den Medien kursierende Schätzungen von über 30 halten die Experten dort für übertrieben, da sie ihrer Meinung nach auf zu optimistischen Annahmen der Leistungsfähigkeit der nuklearen Infrastruktur Pakistans beruhen. Offenbar schenkt man in diesem Punkt Abdul Qadeer Khan Glauben, der nach den Tests äußerte, daß er jetzt noch mehr als zweimal so viel waffenfähiges Material zur Verfügung habe, wie das für die Tests eingesetzte.

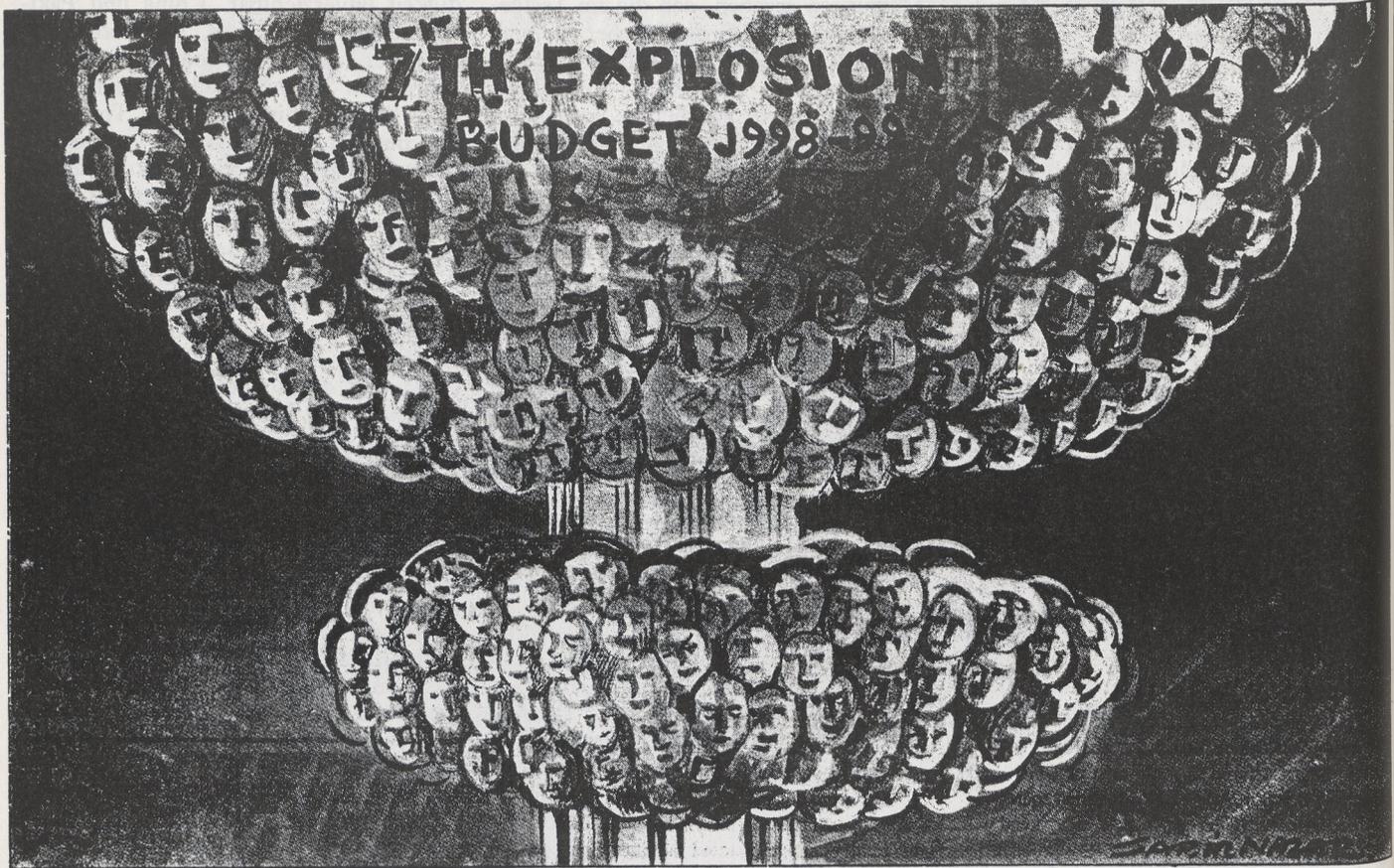
Was mögliche Trägersysteme für die Nuklearwaffen betrifft, so kommen hierfür die bereits an Pakistan gelieferten US-amerikanischen 'F-16'-Kampfflugzeuge nicht in Frage: Sie sind offiziellen amerikanischen Angaben aus technischen Gründen nicht für den Transport nuklearer Sprengsätze zu verwenden. Alternativ stehen französische Kampfbomber vom Typ 'Mirage III' und 'Mirage V' zur Verfügung. Außerdem habe man bereits einen nuklearen Sprengkopf für taktische Kurzstreckenraketen entwickelt, gab Abdul Qadeer Khan in einem seiner Interviews nach den Tests zu Protokoll. Und in der Tat wäre für Pakistans Strategie, mit dem Einsatz von Nuklearwaffen zur Abwendung einer drohenden Niederlage in einem konventionellen Krieg zu drohen, solche Systeme im Sinne der eigenen Glaubwür-

digkeit unverzichtbar. China und Pakistan haben zugegeben, daß Ende der achtziger Jahre einige solcher Kurzstreckenraketen an Islamabad geliefert wurden. Darüber hinausgehende Transfers, die Beobachter wiederholt vermuteten, dementierten beide Seiten konsequent. Auch Nordkorea gilt einigen Experten als pakistanischer Handelspartner in Sachen Raketentechnologie.

Im Februar 1989 bestätigte Pakistan erstmals den Test einer angeblich selbst entwickelten 'Hatf-I'-Rakete mit einer Reichweite von 80 Kilometern (entspricht der sowjetischen 'FROG-7') und einer Hatf II mit einer Reichweite von rund 300 Kilometern (entspricht der sowjetischen 'Scud-B'). Das Wurfgewicht beider Systeme soll etwa 180 Kilo betragen.

Im Oktober 1989 kündigte Pakistan ein neues Raketenentwicklungsprogramm einer 'Hatf-III' mit einer Reichweite von rund 600 Kilometer an, die technologisch auf der chinesischen 'M-9' basieren dürfte. Am 6. April 1998 meldete Pakistan schließlich im Vorfeld der indischen Nukleartests den erfolgreichen Test einer 'Hatf-V' mit einem Wurfgewicht von 700 Kilogramm über eine Strecke von 1.100 Kilometern (maximale Reichweite: ca. 1.500 Kilometer). Technisch dürfte dieses System auf einer chinesischen 'M-11'-Rakete basieren. Gleichzeitig wurde die 'Hatf-V' ("Ziel") in 'Ghauri' umbenannt. Der Namenspatron diente Muhammad Ghauri, ein im 12. Jahrhundert lebender muslimischer Kriegerkönig in Afghanistan, der Prithviraj Chauhan, den letzten Hindukönig Delhis, aus seinem Reich vertrieb. Letzterer diente Indien als Taufpate der eigen 'Prithvi'-Rakete.

Was mögliche Einsatzbereiche betrifft, so dienen die pakistanischen Nuklearwaffen dem Zweck, Indien vom Beginn eines konventionellen Krieges abzuschrecken, wobei taktischen Systemen mit einer begrenzten Reichweite eine Schlüsselrolle zugewiesen wird. Am wahrscheinlichsten ist im Ernstfall nach Einschätzung der 'SIPRI'-Experten ein pakistanischer Ersteinsatz mit nuklearen Sprengköpfen bestückter Raketen gegen indische Panzerdivisionen in der Wüste Rajasthan oder gegen Basen der indischen Lufwaffe. Dies würde den Kriegszielen dienen und gleichzeitig die Gefahr eines nuklearen Gegenschlages minimieren, da nur mit relativ wenigen Opfern unter der Zivilbevölkerung zu rechnen wäre. Die in der indischen Presse präsentierten Szenarien gezielter pakistanischer Erstschnitte gegen die dichtbevölkerten Ballungszentren wie Delhi oder Mumbai/Bombay mit vielen Millionen Toten als Merkmal der künftigen Nukleardoktrin Pakistans bezeichnen unabhängige Fachleute als völlig haltlose Spekulation.



Das Budget 1998/99 könnte sich zur "siebten Explosion" entwickeln (aus: 'The Friday Times', Lahore)

Die ökonomischen Folgen

Wie im Falle Indiens auch, verhängten zahlreiche Geberländer unter harschem Protest gegen die Atombombentests gegen Pakistan Sanktionen. Insgesamt könnten diese Maßnahmen nach ersten Berechnungen des Finanzministeriums durchaus den Ausfall von Entwicklungshilfegeldern und Krediten im Volumen von rund 4,5 bis 5 Milliarden Dollar erreichen. Hinzu kämen noch einzukalkulierende Verluste durch den Ausfall privater Investitionen und entgangener Erlöse aus jetzt kaum noch mit nennenswertem Gewinn möglich erscheinender Privatisierungen von Staatsbetrieben.

Die größten Lücken im Staatshaushalt dürften die von Japan angekündigten Strafsanktionen reißen. Denn der Finanzbeitrag Tokios in Höhe von umgerechnet 1,68 Milliarden Dollar machte bisher allein etwa 36 Prozent der gesamten bilateralen Entwicklungshilfe Pakistans aus. Auf Platz zwei der großen Geberländer Pakistans lagen im vergangenen Jahr mit einem 19-prozentigen Anteil die USA. Die im sogenannten 'Glenn Amendment' als Bestandteil des 'Nuclear Proliferation Act' festgehaltenen Bestimmungen lassen dem amerikanischen Präsidenten keine andere Wahl, als einen sofortigen Stopp dieser Mittel

zu verfügen. Befürchtet wird zudem in Pakistan, daß die US-Regierung ihren Einfluß auf die Mittelvergabe der multilateralen Geberinstitutionen wie Weltbank oder IMF ausüben könnte, um auf diese Weise weitere Finanzkürzungen zu erzwingen. Da sich allerdings mittlerweile in den Schaltzentralen der Geberländer allmählich die Erkenntnis durchsetzt, daß man Pakistan aufgrund seiner größeren Abhängigkeit von solchen Zuwendungen nicht mit gleicher Härte bestrafen könne, wie Indien, ist dies jedoch kaum anzunehmen. Lediglich ein im Vorfeld der Tests bereits ausgehandelter Weltbankkredit in Höhe von 750 Millionen Dollar sowie eine IMF-Tranche von 200 Millionen Dollar scheinen zum jetzigen Zeitpunkt gefährdet. Denn an einer zusätzlichen Destabilisierung Pakistans mit womöglich höchst unerwünschten Nebenwirkungen auf das fragile politische System einer halbwegs funktionierenden parlamentarischen Demokratie hat auch in Washington niemand Interesse. Auch eventuelle Handelsbeschränkungen, die derzeit noch diskutiert werden, dürften - wenn überhaupt - vergleichsweise moderat ausfallen. Dennoch gehen prominente Wirtschaftsexperten in ersten Einschätzungen davon aus, daß man dringend benötigte Infrastrukturprojekte zumindest drastisch drosseln, wenn nicht sogar ganz einstel-

len werden müsse. Ein Lichtblick in ver-zweifelter Situation bieten neue Mittelzusagen einiger Golfstaaten, die Premier Sharif im Rahmen einer Fundraising-Tour kürzlich besuchte. Immerhin zwei Milliarden Dollar überwies die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien auf die Konten Islamabad. Eine großangelegte Kampagne zur Einwerbung von Spenden im Ausland lebender Pakistani soll zusätzliche Gelder erbringen, über deren Erfolg bislang nichts bekannt wurde. Ein geplanter Werbeauftritt des rührigen Premiers in Frankfurt in der Woche vom 15. Juni platzte allerdings nach Unstimmigkeiten mit dem Auswärtigen Amt in Bonn über die Modalitäten dieses Kurzbesuchs, wie aus informierten Kreisen verlautete.

Ob es Pakistan gelingen wird, die derzeit belasteten diplomatischen Spannungen zu einer Anzahl wichtiger Länder so zu normalisieren, daß eventuell die ökonomischen Konsequenzen der Atomtests für die junge Nuklearmacht auf ein erträgliches Maß durch die Gewährung mildernder Umstände beschränkt bleiben, muß man noch abwarten.